

PM – Verantwortungslosigkeit der Bundesregierung!

Statt Sommerurlaub drohender Arbeitsverlust und Bildungskatastrophe!

Fehlende Betreuungs- und Bildungsangebote für tausende Familien!

Wie lange noch sollen die Familien warten bis sie Planungssicherheiten für die Sommerferien und das neue Schuljahr erhalten? Tausende Eltern haben in der Corona Krise ihren Jahresurlaub aufbrauchen müssen, um Kündigungen zu verhindern, wurden in Kurzarbeit oder Homeoffice geschickt oder haben ihre Einkünfte aus selbstständiger Arbeit verloren. Nun soll/kann die Wirtschaft hochfahren, und Eltern könnten und müssen wieder arbeiten gehen, weil Homeoffice nicht dauerhaft möglich ist und Betriebe wieder öffnen. Doch ohne Betreuungsangebote funktioniert das nicht!

Die Familien werden im Stich gelassen, weil die Bundes- und Landesregierungen eine angepasste Krisenfinanzierung für Betreuungs- und Ferienangebote schlicht ignorieren und nicht ermöglichen.

„Die Familien brauchen jetzt sofort Planungssicherheit und deshalb Betreuungs- sowie hochwertige Bildungs- und Ferienangebote für ihre Kinder und Jugendlichen! 300 Euro Kinderzuschuss helfen den Familien in dieser Situation nicht wirklich, insbesondere wenn die Länder meinen, mit Beginn der Sommerferien sei alles gut“, wiederholt die Vorsitzende der Landeselternkonferenz NRW, Anke Staar, seit Wochen ihre Forderung an die Bundes- und Landesregierung. „Anzunehmen, dass ganz Deutschland nur darauf wartet, wieder verreisen zu können, verhöhnt die existentiell bedrohliche Notlage dieser Familien und macht deutlich, durch welche privilegierte – einkommensgesicherte - Brille die Regierungshandelnden gucken!“

Wieder einmal zeigt sich, dass Schule ein Lebensraum ist, der neben Bildung auch verlässliche und qualitativ gute Betreuung beinhaltet. Brechen Bildung und Betreuung weg, kann die Wirtschaft nicht hochfahren und Familien fallen in die Arbeitslosigkeit. Alle Beteiligten betonen, wie wichtig Schule und Betreuung ist, aber im Krisenfinanzierungsplan der Bundes- und Landesregierung scheint dies nicht angekommen zu sein. Stattdessen wird die Betreuung in den Sommerferien auf die ohnehin klammen Kommunen abgewälzt.

„Es lässt Schlimmes befürchten, wenn über eine „erholsame“ Sommerpause gesprochen wird, obwohl immer noch Schüler*innen (insbesondere mit Behinderungen) nicht einen einzigen Tag wieder in der Schule waren und der Einsatz von Schulbegleitern zu Hause von den Kommunen immer noch abgewehrt wird. Damit werden tausende Kinder und Jugendliche einfach ihrem Schicksal überlassen.“ Das ist unverantwortlich, findet der stellvertretende Vorsitzende Dr. Jan N. Klug.

Die Bildungsministerien des Bundes wie der Länder scheinen der Auffassung zu sein, sie seien für Betreuungs- und Bildungsangebote in den Ferien nicht verantwortlich. Hier fehlt es an Kooperationsbereitschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen, Verantwortungsbewusstsein und Solidarität mit den Betroffenen. „Wir brauchen nicht nur „Bespäßungsangebote“ unter freiem Himmel, die für Abwechslung sorgen, sondern echte verlässliche Betreuungs- und hochwertige Bildungsangebote für Kita- und Schulkinder in diesen Krisenferien“, betont Dr. Ulrich Meier, Beisitzer der LEK NRW, „denn wir müssen Kindern und Jugendlichen die Chance geben, entstandene Benachteiligungen auszugleichen. Doch dazu fehlen entsprechende Konzepte!“

Es ist hoch bedauerlich, dass die Regierungen in den Sommerferienmodus schalten und tausende Familien im Stich lassen, die ihnen in der Krise geholfen haben. Wir erwarten solidarische Bemühungen von krisengeschützten Verantwortungsträgern in dem Bewusstsein, dass nur wenige Familien „Ferien/Urlaub“ haben werden. Wir fordern entsprechende Konzepte und notwendige Mittel von Bund und Land!

Vorstand LEK NRW

Dortmund, 4. Juni 2020